

# Bremse für die kleinen Parteien gelöst

*Verfassungsgericht in Karlsruhe hebt Fünf-Prozent-Sperrklausel für die Wahlen zum EU-Parlament auf*

In einer ersten Reaktion begrüßte Gabi Zimmer, Europaabgeordnete der Partei DIE LINKE, die Entscheidung der Karlsruher Richterinnen und Richter vom 9. November, die Fünf-Prozent-Sperrklausel für die Wahlen zum Europäischen Parlament aufzuheben.

„Das Karlsruher Urteil ist ein wichtiger Punkt für die Demokratie. Gut, dass die Richterinnen und Richter sich zunehmend ein Grundverständnis zu eigen machen, wonach kleine Parteien nicht per se zur Gefahr für die Demokratie erklärt werden“, so Gabi Zimmer unmittelbar nach Bekanntwerden der Karlsruher Entscheidung.

Bisher schreibt das europäische Wahlrecht keine einheitliche Regelung in Europa vor, erlaubt aber den einzelnen Mitgliedstaaten eine Sperrklausel von maximal fünf Prozent. In 16 der 27 Mitgliedstaaten existiert diese und liegt zwischen 1,8 und 5 Prozent, während elf Mitgliedstaaten bereits ohne die sogenannte „Kleine-Parteien-Bremse“ auskommen.

Schon seit Längerem gibt es seitens der Politik immer wieder Forderungen nach einem einheitlichen europäischen Wahlrecht, die jedoch von den Konservativen mit der Gefahr extremistischer Parteien in Parlamenten verhindert werden.

„Zeitgemäß wäre jetzt auch eine Anpassung dieser Entscheidung auf



Bundesebene,“ so Zimmer weiter. Nicht nur die Situation in Griechenland zeige, dass die Zeit der großen Parteien, die sich bei der Ausübung

der Regierungsgewalt gegenseitig ablösen und die Macht unter sich aufteilen, vorbei sei. In allen Mitgliedstaaten der EU - auch und gerade in

der Bundesrepublik Deutschland - stünden die politischen Parteien vor großen Herausforderungen, die nicht bewältigt werden können, wenn ein nicht zu unterschätzendes Potential von Wählern durch die Fünf-Prozent-Sperrklausel nach der Wahl von der demokratischen Mitwirkung ausgegrenzt bleibe.

Zudem zeige insbesondere die Entwicklung der FDP, wie schnell auch eine etablierte Partei von einem zweistelligen Wahlergebnis unter fünf Prozent rutschen könne.

„Die niedrige Beteiligung bei den zurückliegenden Europawahlen ist ein deutliches Signal dafür, dass mehr und mehr Menschen fürchten, wichtige europapolitische Entscheidungen würden über ihren Kopf hinweg getroffen“, so Zimmer weiter.

„Die Aufhebung der Fünf-Prozent-Sperrklausel zu den Europawahlen in Deutschland kann ebenso wie die geforderte Einführung von EU-weiten Referenden dazu beitragen, die BürgerInnen stärker in die Entscheidungsfindungen in der EU einzubinden.“

Gleichzeitig bedeutet der Wegfall der Klausel aber auch, dass sich auch die Linke bei Europawahlen noch stärker ins Zeug legen muss und der Schwerpunkt nicht mehr vor allem auf dem Bundestagswahlkampf liegen kann.“

Foto: Archiv GUE/NGL

## Krise entscheidet über den gemeinsamen Kampf gegen Armut

*Europaabgeordnete stimmen über eine Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung ab*

Die Europaabgeordnete der Partei DIE LINKE, Gabi Zimmer, fordert zum gemeinsamen Kampf gegen Armut in Europa auf:

„In Zeiten der Krise entscheidet sich, welches Europa wir wollen. Wollen wir eine Europäische Union, in der der Kampf gegen Armut gemeinsam geführt wird und es nicht egal ist, ob Menschen in Armut leben müssen? Oder wollen wir eine Europäische Union wie sie die rechtsextremen Parteien im Europaparlament fordern: Ohne europäische Regelungen und verbindliche Ziele? Eine EU, bei der alles auf der nationalen Ebene verbleibt und gleichzeitig die Armutsdebatte missbraucht wird, um gegen Einwanderung Stimmung zu machen?“

Gabi Zimmer, die im Europäischen Parlament für Soziales und insbesondere Armutsbekämpfung zuständig ist, forderte in Straßburg im Vorfeld zur Abstimmung über eine Europäische Plattform gegen Armut und soziale



Ausgrenzung konkrete Instrumentarien und verbindliche Ziele: „Wir brauchen Instrumentarien und ge-

meinsame Indikatoren um Armut wirksam bekämpfen zu können. Die ohnehin schwammigen Ziele der Platt-

form rücken durch die Sparmaßnahmen in unerreichbare Ferne. Es muss Schluss sein mit dem Ausverkauf öffentlicher Güter und Dienstleistungen und der Privatisierung sozialer Sicherungssysteme.“

Auch vertrat die Abgeordnete die Forderung der Linken nach europäischen Mindeststandards: „Wir brauchen gemeinsame verbindliche ökologische und soziale und vor allem armutsfeste Mindeststandards. Es darf nicht wieder passieren, dass mitten in Europa Menschen auf der Straße landen, weil sie die steigenden Energiepreise nicht zahlen können und in diesem Winter erneut hunderte Menschen den Kältetod erleiden.“

Eine Mehrheit des Europäischen Parlaments stimmte heute dem Bericht des belgischen Sozialdemokraten Frédéric Daerden zur Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu.

Foto: Archiv GUE/NGL